

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 062/2021
Kiel, Mittwoch, 24. Februar 2021

Haushalt/ Haushaltsberatungen –
Einzelplan 4

Jan Marcus Rossa zu TOP 2 u.a. „Haushaltsberatungen 2021 – Einzelplan 4“

In seiner Rede zu TOP 2 u.a. (Haushaltsberatungen 2021 – Einzelplan 4) erklärt der extremismuspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Jan Marcus Rossa:

„Wir haben in den letzten Monaten, nein seit Jahren immer wieder in unseren Debatten darauf hingewiesen, dass nur ein wehrhafter Rechtsstaat der Garant für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ist. Anlass für diese Debatten waren immer wieder feige Anschläge auf unseren Rechtsstaat und seine Bürgerinnen und Bürger. Wir erinnern uns an die Anschläge in Halle und Hanau, den Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz, aber auch an die rechtsradikalen Ausschreitungen in Chemnitz oder die Ermordung von Walter Lübcke. Zu erinnern ist aber auch an den islamistischen Extremisten, der in Dresden getrieben von seiner Homophobie einen unschuldigen Menschen ermordete. Solche Anschläge und Gewalttaten sind immer auch ein Angriff auf unseren liberalen Rechtsstaat und auf unsere bürgerlichen Freiheiten.

Wir sind uns wohl alle darin einig, dass sich der Staat vor solchen Angriffen schützen und den Tätern entschieden entgegenzutreten muss. Wir stimmen sicherlich auch darin überein, dass die Herausforderungen, unseren Staat und seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen, mit den technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte größer geworden sind. Extremismus beachtet keine Ländergrenzen. Und nicht jede länderübergreifende Struktur lässt sich im Zeitalter des Internets rasch feststellen, so wie das zu Zeiten überwiegend realer Treffen an einem Ort mitunter noch der Fall war. Nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz ist einmal mehr der Föderalismus kritisiert worden und der Ruf nach einer grundlegenden Reform der Sicherheitsstrukturen wurde laut. Aber vergessen wir nicht, warum wir uns in der Bundesrepublik Deutschland auch bei den Sicherheitsbehörden für eine föderale Struktur entschieden haben. Der Föderalismus steht der Sicherheit

und der Wehrhaftigkeit unseres Staates keineswegs entgegen. Auch föderale Strukturen können für innere Sicherheit sorgen, wenn dies als gemeinsame Aufgabe gelebt wird. Niemand darf sich in einem solchen System nur auf andere verlassen, sondern trägt selbst Verantwortung. Jedes Bundesland trägt daher unmittelbar Verantwortung für die Sicherheit im gesamten Land.

Für die FDP-Fraktion war es daher ein wichtiges Anliegen, auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen wirksam zu reagieren und unsere Sicherheitsbehörden so auszustatten, dass sie diesen Herausforderungen gewachsen sein können. Wenn wir feststellen, dass die Vernetzung von Extremisten via Internet stetig komplexer wird und damit schwerer zu überwachen ist, dann müssen wir unsere Sicherheitsbehörden für eine wirksame Aufklärung im Internet besser ausstatten und die dafür nötigen Fachleute gewinnen. Es ist beinahe eine Binsenweisheit, dass der Schlüssel für eine erfolgreiche Observation extremistischer Gruppierungen in der Personalstärke liegt. Um neue Formen des Extremismus frühzeitig erkennen und bewerten zu können, braucht es gutes Personal in der Auswertung. Und unser Verfassungsschutz braucht hierfür zusätzliches Personal. Und wir stellen die dafür nötigen finanziellen Mittel nunmehr zur Verfügung.

Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit, so wie es keine Sicherheit ohne Freiheit gibt. Unsere Freiheit, die Freiheit von Minderheiten, die Freiheit anders zu sein, muss es uns wert sein, auch den Verfassungsschutz durch Aufstockung des Personals für die der Abwehr von Angriffen auf unseren freiheitlichen Rechtsstaat auszustatten. Es mag auf den ersten Blick überraschen, dass gerade wir Freidemokraten uns für die Stärkung des Verfassungsschutzes einsetzen. Doch machen wir uns bewusst, wenn wir unseren Rechtsstaat und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht wirksam schützen und verteidigen, dann verlieren wir das, was und lieb und teuer ist, nämlich unsere Freiheit.“